

Resolution

Ablehnung bewaffneter Drohnen

Wir lehnen den Einsatz von bewaffneten Kampfdrohnen von deutschen Boden ab, weil sie die Option eines Krieges wieder möglich machen in dessen Folge viele Menschen zu Tode kommen!

Drohnen sind unbenannte Fluggeräte, die über weite Entfernungen in Echtzeit gesteuert werden, oder die über vorprogrammierte Flugrouten verfügen. Bei Drohnen handelt es sich um ein wiederverwertbares, unbemanntes Trägersystem, das selbständig starten und landen kann und sowohl mit Sensoren als auch Waffen bestückt werden kann. Nach Beschluss des Bundestages verfügt die Bundeswehr seit 2018 über fünf Heron TP Drohnen des israelischen Herstellers IAI. Die Drohnen sind, wie inzwischen alle Drohnen, die produziert werden, bewaffnungsfähig und sind bis zum Jahr 2027 angemietet. Die Wartung übernimmt Airbus. Diese Drohnen sind bisher unbewaffnet und werden als Aufklärungsdrohnen genutzt. 2013 hatte der SPD-Parteivorstand den Beschluss gefasst: „Der Einsatz sogenannter „Kampfdrohnen“ (bewaffneter Drohnen) ist in den letzten Jahren international deutlich ausgeweitet worden. Dabei sind bewaffnete Drohnen deutlich zu unterscheiden von unbewaffneten Aufklärungsdrohnen. CDU-Verteidigungsminister de Maizière hat erklärt, dass die Bundesregierung unabhängig von der fehlgeschlagenen Beschaffung des Euro-Hawk bewaffnete Kampfdrohnen beschaffen wolle. Diese Entscheidung lehnt die SPD ab! Wir sehen auch keine Notwendigkeit des Erwerbs von bewaffneten Kampfdrohnen. Die Bundeswehr hat weder eine aktuelle Fähigkeitslücke noch verfügt sie über konzeptionelle Grundlagen, in welchen Szenarien Kampfdrohnen notwendig wären. Wie aktuell ersichtlich ist, gibt es auch keinerlei Regularien, wie bewaffnete Kampfdrohnen in den europäischen Luftraum integriert werden könnten. Die SPD hält eine grundsätzliche Diskussion über die Gefährdungen und Kosten, die durch Kampfdrohnen entstanden sind und entstehen, für dringend notwendig: Warum? „Gezieltes Töten“ durch Kampfdrohnen in Ländern, mit denen kein Krieg erklärt worden ist, verstößt gegen die UN-Charta und untergräbt die internationale Rechtsordnung. Extralegale Tötungen mitbewaffneten Drohnen stellen einen Verstoß gegen das Völkerrecht dar.

- Es besteht die akute Gefahr der Proliferation von Kampfdrohnen; das heißt die Gefahr eines neuen gefährlichen Rüstungswettlaufs. Mehr als 80 Staaten besitzen bereits Aufklärungsdrohnen. China verfügt über 27 Drohrentypen, darunter bewaffnete Systeme aus eigener Produktion.
- Es besteht die Gefahr einer im Verborgenen stattfindenden Kriegsführung, die die generelle Ächtung des Krieges im Völkerrecht unterläuft. Krieg würde damit unter die Wahrnehmbarkeitsschwelle gedrängt. Krieg würde „banalisiert“, wie das Friedensgutachten 2013 der vier Friedensforschungsinstitute gerade festgestellt hat.
- Es besteht ein Trend zu einer Automatisierung und „Verselbstständigung“ derartiger Systeme. „Es ist also absehbar, dass unbemannte Kampfdrohnen der nächsten oder spätestens der übernächsten Generation über wesentlich mehr Autonomie verfügen bis hin zur Entscheidung über den Waffeneinsatz“, so das aktuelle Friedensgutachten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen uns deshalb für eine völkerrechtliche Ächtung derartiger Waffensysteme einsetzen statt für deren Beschaffung. Wenn die weltweite Aufrüstung von Kampfdrohnen erst im vollen Gange ist, ist es zu spät. Die internationale Gemeinschaft hat bei Landminen und Streumunition ja auch Verbotskonventionen beschlossen. ...“In dem 2018 geschlossenen Koalitionsvertrag wurde festgelegt, dass in der aktuellen Wahlperiode eine Entscheidung über die Bewaffnung der deutschen Drohnen getroffen werden soll. Das war einer der Punkte, warum ein großer Teil unserer Partei eine Koalition mit der CDU/CSU abgelehnt hat. Am 5. Oktober fand eine Anhörung des Deutschen Bundestages zur Bewaffnung der deutschen Heron TP Drohnen statt. Im Zusammenhang damit wurde von Verteidigungspolitiker*innen SPD-Fraktion als Leitfrage für den Entscheidungsprozess angebracht: Wie kann man den bestmöglichen Schutz der Soldatinnen und Soldaten in gefährlichen Auslandseinsätzen sicherstellen? Auf dieser Grundlage äußerten die SPD-Verteidigungspolitiker*innen keine kategorische Ablehnung der Bewaffnung der deutschen Heron TP Drohnen. Sie stellen sich jedoch weiterhin gegen das extralegale Töten durch bewaffnete Drohnen (das „gezielte töten“ von Menschen) und gegen vollautomatisierte Drohnen und andere Waffensysteme. Sie stellen zudem einen Kriterienkatalog auf, der u.a. die zwei genannten Optionen für die Nutzung bewaffneter Drohnen ablehnt und fordert, dass bewaffnete Drohnen nur zum Schutz der Soldat*innen genutzt werden sollen.

Der SPD Ortsverein Oldenburg II Stadtmitte/Osternburg lehnt die Bewaffnung der deutschen Heron TP Drohnen ab. Wir fordern die Bundesregierung auf, von der Bewaffnung der deutschen Drohnen

abzusehen! Wir stehen als SPD-Ortsverein hinter dem Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom Juni 2013. Darin wurde festgehalten, dass Deutschland keine bewaffneten Drohnen braucht und sich für die Ächtung dieser Waffensysteme einsetzt. Die SPD in unserem Stadtteil spricht sich schon lange gegen den Kauf von neuen „Kampfdrohnen“ und der Bewaffnung der deutschen Drohnen aus.

Durch den Einsatz bewaffneter Drohnen besteht die Gefahr einer weiteren Entfremdung der Kriegsführung. Auch kann die Hemmschwelle, sie einzusetzen, deutlich niedriger liegen. Dies zeigt gerade auch der umstrittene Verwendung von Kampfdrohnen der USA zu „gezielten Tötung“ (extralegale Tötungen) einzelner Menschen. Diese Einsatzmöglichkeiten der Drohnen werden in Deutschland zwar auch von allen Befürworter*Innen abgelehnt, dennoch eröffnet die Bewaffnung von Drohnen diese Option. Der von den SPD-Politikern geforderte Kriterienkatalog reicht hier nicht aus, denn oft sind die Grenzen zwischen Schutz von Soldaten und „gezielten Tötungen“ im Einsatz verschwimmend. Kampfdrohnen sind ein erster Schritt zu autonomen Waffensystemen. Aufgrund der Fernsteuerung der Drohnen kann es zu Verzögerung zwischen Kommunikation und Reaktion kommen.

Wissenschaftler*innen, die sich mit dem Thema kritisch befassen, kommen daher zu dem Schluss, dass die Entwicklung auf autonome Systeme zusteure. Das heißt, die Entscheidung, ob geschossen wird, würde letztlich die Bord-Software treffen, nicht der/die SoldatIn am Joystick. Dieser Entwicklung zu autonomen Waffensystem lehnen wir entschieden ab. Wir wollen nicht, dass Maschinen über menschliches Leben entscheiden. Die SPD Bundestagsfraktion darf der Bewaffnung der deutschen Drohnen nicht zustimmen.

Antragsteller: Helmut Meyer